

## **Grüne wollen deutsch-schweizerische Flugsicherung**

### **Gemeinsame Institution soll Luftraum im Süden Baden-Württembergs überwachen - Neue Verhandlungen über Staatsvertrag**

STUTTGART. Die Grünen machen beim Streit um den Flugverkehrsvertrag mit der Schweiz Druck auf die rot-grüne Bundesregierung. Der Vertrag soll neu verhandelt, eine einseitige deutsche Verordnung, die Flüge einschränkt, "unverzüglich" erlassen werden.

Von Thomas Durchdenwald (Stuttgarter Zeitung, 06.08.2002)

Auch wenn Bundesverkehrsminister Kurt Bodewig (SPD) noch warten will, ob auch der Schweizer Ständerat im September das Vertragswerk kippt, für die Grünen im Landtag kann die Vereinbarung schon heute in den Wind geschrieben werden.

In einem Positionspapier der Fraktion, das der Abgeordnete Boris Palmer vorstellte, wird eine gemeinsame Institution zur Kontrolle des Luftraums in der Nordschweiz und im südlichen Baden-Württemberg gefordert. "Ohne diese Modifikation", erklärt Palmer, "halten wir eine Ratifizierung des Staatsvertrags nicht mehr für sinnvoll." Bis das verhandelt ist und um den Druck auf die Schweiz zu erhöhen, müsse der Minister eine Rechtsverordnung erlassen, deren Regelungen schärfer sind als im Vertrag vorgesehen. Die Flugbewegungen über deutschem Gebiet sollen auf "deutlich unter 80 000 im Jahr" reduziert, ein Flugverbot nachts (21 bis 7 Uhr) und am Wochenende soll erlassen werden.

Der Streit um die Flugbewegungen im südlichen Baden-Württemberg wird seit Jahren erbittert geführt. Einen Großteil der Anflüge auf den Luftverkehrsknotenpunkt Zürich leitet die Schweiz über süddeutsches Gebiet, vor allem im Bereich des Hochrheins - mehr als 150 000 Flugbewegungen im Jahr. Im Staatsvertrag wird die Zahl auf 100 000 festgeschrieben, zudem werden ein Nacht- und Wochenendflugverbot sowie weitere Vorschriften etwa für Warteräume für landende Flugzeuge geregelt. Die Vereinbarung, die den Gemeinden und Landkreisen nicht weit genug geht, ist vom Schweizer Parlament und, auf Antrag der CDU-FDP-Landesregierung, vom Bundesrat abgelehnt worden. Weitere Abstimmungen, etwa im Ständerat der Schweiz oder im Bundestag, sind geplant, doch intern gilt der Vertrag als gescheitert.

Verschärft worden ist die Situation durch das Flugzeugunglück von Überlingen, für das die Schweizer Flugsicherung Skyguide nach bisherigen Erkenntnissen zumindest mitverantwortlich ist. Palmer hält es freilich für "populistisch", den Zusammenstoß der beiden Flugzeuge über dem Bodensee für den politischen Streit zu instrumentalisieren. Es gebe aus Sicht der Grünen keinen Zusammenhang zwischen dem tragischen Absturz und dem Staatsvertrag. Nicht zur Seite schieben will Palmer allerdings das Argument, dass es verfassungswidrig sei, dass die Schweiz für die Flugsicherung über deutschem Gebiet verantwortlich ist. Die Grünen halten es aber für falsch, diese Aufgabe nun allein der deutschen Flugsicherung zu übertragen, wie es der Konstanzer Oberbürgermeister Horst Frank, ein Grüner übrigens, gefordert hat.

Dadurch würden Flugzeuge beim Anflug auf Zürich erst wenige Minuten vor der Landung an die dortige Flugsicherung übergeben - was, so Palmer, gefährlich sei. Deshalb verlangen die Grünen eine deutsch-schweizerische Institution, die gemeinsam den Luftraum überwacht. Das würde nicht nur zu mehr Sicherheit führen, meint Palmer. Er glaubt, dass der Staatsvertrag, der sonst inhaltlich nicht verändert werden sollte, dann "auf deutscher Seite eine neue Chance erhält". Durch die gemeinsame Flugsicherung

würden Bedenken am Hochrhein, die Schweizer würden die Abmachung unterlaufen, ausgeräumt und würde die verfassungsrechtliche Problematik gelöst. "Die Deutschen haben dann Zugriff, wie der Vertrag umgesetzt wird." In diesem Sinne haben die acht grünen Bundestagsabgeordneten bereits ans Berliner Verkehrsministerium geschrieben - bis jetzt ohne Antwort von Bodewig.